



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe Mai /Juni 2025

Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Sonderschulden als Rettung für die kommunalen Finanzen?

Im Haushalt der Stadt Minden, wie er im März verabschiedet wurde, wurde an allen Ecken und Enden gekürzt und wurden etliche Gebühren erhöht; von der Stadtbibliothek bis zum Wasser. Doch das dicke Ende kommt erst noch. Der Kämmerer Norbert Kresse kündigte bereits an, dass in diesem Jahr für den kommenden Haushalt alles auf den Prüfstand kommen müsse. Die Rücklagen der Stadt schmelzen dahin.

Die Landesregierungen von NRW lassen die Städte und Kommunen schon seit Jahren ausbluten.

Und die Einnahmen durch die Gewerbesteuer sinken dramatisch. Daran wird sich auch im dritten Jahr der wirtschaftlichen Rezession nichts ändern. Ablesbar an Bernstein, Harting, Melitta oder ZF in Lemförde – in vielen Betrieben werden auch in unserer Region Arbeitsplätze vernichtet.

„Investitionspaket“ als Rettung?

Nun richten manche ihre Hoffnungen auf die 500-Milliarden Sonderschulden für Infrastruktur, die der alte und schon abgewählte Bundestag noch schnell durchgewinkt hat.

Der Investitionsstau ist erheblich; bei Krankenhäusern, Schulen, im Wohnungsbau, beim ÖPNV.

Doch wer nun hofft, dass hier Rettung naht, dürfte sich getäuscht sehen. Militärische Kriterien werden eine führende Rolle spielen. Der ehemalige Verkehrsminister Wissing dazu: „Wir reden über Infrastruktur, bei der Straße und auch bei der Schiene, die wir zur Verteidigung unseres Landes brauchen.“

Operationsplan Deutschland

Der geheime „Operationsplan Deutschland“ sieht vor, unser Land zur Drehscheibe für die nach Osten vorrückenden Truppen auszubauen. Dazu braucht es natürlich auch panzertaugliche Brücken. Und die eine oder andere ausgebaute

Schiienenverbindung.

Kasernen statt KiTas

Und es braucht neue Kasernen für die künftigen Wehrpflichtigen. NRW-Ministerpräsident Wüst erklärte, das Land NRW werde seine Ausgaben für militärische Bauten um das Dreifache steigern. Dahin werden also die Mittel der Sonderschulden für die Länder fließen. Da wird nichts für die KiTas, die Verbesserung des ÖPNV oder für den sozialen Wohnungsbau übrig bleiben.

Die unbegrenzten Rüstungsmilliarden und die Hunderte von Milliarden für das Investitionsprogramm gehören ausdrücklich zusammen. Sie sollen uns Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen streuen und uns beruhigen, sollen möglichst unsere Zustimmung zur „Kriegsfähigkeit“ erreichen.

Dazu sagen wir NEIN! Wir brauchen das Geld dringend für Bildung, Gesundheit, Pflege und bezahlbaren Wohnraum!



Ostermarsch in Bielefeld

Foto: Eigenes Foto

Friedensfähig statt kriegstüchtig! Diplomatie statt Krieg! Zehntausende waren bei den Ostermärschen dabei. Jugendbündnisse protestierten insbesondere gegen die Reaktivierung der Wehrpflicht. Die Angst vor einer Zukunft im Zeichen der Militarisierung wächst – vor allem bei jungen Menschen.

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt: Jetzt unterschreiben!



<https://nie-wieder-krieg.org/>



nie-wieder-krieg.org

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP



Die UZ online:
www.unsere-zeit.de

Schafft Rüstung Arbeitsplätze?

Der eigentlich bereits abgewählte Bundestag hat noch schnell beschlossen, dass die künftigen Rüstungsausgaben unbegrenzt steigen dürfen. Die Schuldenbremse ist für sie außer Kraft gesetzt.

Begierig stürzen sich nicht nur Rheinmetall, sondern auch VW und andere Konzerne auf diese Mittel. Für VW, Porsche, Schaeffler und andere wäre das die Rückkehr zu einer Tradition, die sie vor 1945 mit Rüstung und Krieg reich gemacht hat.

Die Rüstungsindustrie wird nun als Rettungsanker für die Arbeitsplätze gehandelt. Erste Werke wurden bereits übernommen und auf Rüstungsproduktion umgestellt.

Für den Großteil der Entlassenen wird es aber damit keine Perspektive geben.

Im zivilen Bereich könnten mit denselben Mitteln viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ausgaben für Rüstung sind Verschwendung. Sie erhöhen nicht den gesellschaftlichen Reichtum. Man könnte auch gleich für die Tonne produzieren.

Sie fressen die Mittel für drängende Ausgaben: Bildung, Pflege, Wohnen, für die Bewältigung der Klimakrise. Aufrüstung und Krieg beschleunigen die ökologische Zerstörung.

Und nicht zuletzt: Kriegswirtschaft drängt nach immer mehr Geld. Krieg ist ihr Geschäft. Letztlich drängt es zum Krieg.

Militarisierung gegen Demokratie

Kriegswirtschaft ist immer verbunden mit der militaristischen Durchdringung der Gesellschaft auf allen Ebenen. So wird über die „Kriegstüchtigkeit“ von Hochschulen und des Gesundheitssystems diskutiert. Die Militarisierung ist unvereinbar mit Demokratie. Sie ist unvereinbar mit gewerkschaftlichen Rechten, mit Mitbestimmung oder gar dem Streikrecht. Bereits im sogenannten Spannungsfeld können Grundrechte außer Kraft gesetzt werden.

Militarisierung und Sozialabbau gehen Hand in Hand.

Steht bald der Russe vor der Tür?

In den Talkshows und anderen Medien treten Menschen als Experten auf, die einen baldigen Einmarsch der Russen in das Gebiet der NATO oder gar in Deutschland in den nächsten Jahren vorhersagen.

Einer der Stichwortgeber ist Christian Mölling von der DGAP. Diese Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik wird u.a. von der Rüstungsindustrie finanziert. Dank des Kurses auf „Kriegstüchtigkeit“ steigen deren Aktienkurse und Gewinne. Kriegsängste schüren liegt in ihrem Geschäftsinteresse.

Andere Militärexperten sind weniger zu vernehmen. Der deutsche Ex-Generalinspekteur Harald Kujat z.B. hält Behauptungen von einem bevorstehenden russischen Angriffskrieg schlicht für „Unsinn“. Russland droht der EU nicht mit Krieg. Für das Gegenteil gibt es schlicht keine Beweise.

Erste Frage: Was sollte Russland bei uns suchen, was es nicht hat? Die kaputte Infrastruktur? Die Schuldenberge? Wichtige Rohstoffe sind Fehlanzeige.

Zweite Frage: Wer ist überhaupt angriffs-

fähig?

Eine Studie von Greenpeace liefert eindeutige Zahlen.

Die NATO-Staaten geben mit 1190 Milliarden US-Dollar fast das Zehnfache dessen aus, was Russland in sein Militär investiert (127 Milliarden US-Dollar). Selbst ohne die USA bleiben die NATO-Staaten mit 430 Milliarden US-Dollar deutlich voraus.

In sämtlichen Großwaffensystemen übertrifft die NATO Russland mindestens dreifach.

Die NATO unterhält mit rund 3,3 Millionen Soldat:innen mehr als doppelt so viele wie Russland. Und von denen sind die meisten noch jenseits des Urals stationiert.

Lediglich auf dem Gebiet der **Atomwaffen** gibt es ein annäherndes Gleichgewicht des Schreckens, d.h. es gibt die Fähigkeit zur gegenseitigen Vernichtung.

Greenpeace mahnt zur Umkehr: „Die *anhaltende Aufrüstung bringt nicht mehr Sicherheit – sie erhöht das Risiko einer weiteren Eskalation.*“

Nur Abrüstung macht die Welt sicherer!

Bereits im Bundeshaushalt 2024 wurde enorm gekürzt, allein beim Gesundheitsetat ein Drittel, um die Rüstungsausgaben zu finanzieren.

Außenminister Johann Wadephul bekannte sich ausdrücklich zu dem neuen NATO-Ziel, **künftig fünf Prozent** des produzierten gesellschaftlichen Reichtums (Bruttoinlandsprodukts BIP) für militärische Zwecke auszugeben. **Das wären heute 215 Milliarden Euro und damit fast die Hälfte des Bundesetats.** Da bleibt für Soziales nichts mehr übrig.

Wer glaubt, mit horrenden Militärausgaben die Krise bewältigen zu können, wird zwar viel für die Gewinne der Rüstungsprofiteure tun, aber doch nur dieses Landes gegen die Wand fahren.

Unsere demokratischen und sozialen Rechte können nur im Frieden gedeihen.

Um die drängenden Menschheitsprobleme zu lösen, sind internationale Kooperation und Entspannungspolitik unverzichtbar.

Zukunft geht nur mit Abrüstung. ★

Merz, der BlackRock-Kanzler

Merz arbeitete von 2016 bis 2020 für BlackRock und sollte dessen Expansion in Deutschland vorantreiben.

BlackRock bekommt sein Kapital von den Multimilliardären und Multimillionären dieser Welt und soll die Superreichen noch reicher machen. Dementsprechend ist das Weltbild von Merz.

Der Sozialstaat ist ihm suspekt, die gesetzliche Rentenversicherung möchte er ganz durch ein privates System ersetzen. Überhaupt geht ihm Privat vor Staat, selbst bei Schulen und Hochschulen. Arme sollen noch weiter verzichten, damit die Reichen noch mehr haben.

Sein 2008 erschienenes Buch „Mehr Kapitalismus wagen“ lässt tief blicken. Wir werden also viele Gründe haben, uns gemeinsam, mit der Kraft aller Gewerkschaften zu wehren! ★


DKP Minden

dkp-minden.de
Instagram: dkp_minden

Herausgeber: DKP Minden,
V.i.S.d.P.: R. Liebau, Hardenbergstr. 23,
32427 Minden

